



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

28/2015 10.07.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Leistungsbericht 2014

Mit dem Leistungsbericht 2014 geben das Institut für Multimediales Öffentliches Recht und das Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Einblick in ihre Aktivitäten in Forschung und Lehre.

Neben den Forschungsschwerpunkten war die Arbeit an den Instituten vor allem von der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2014 geprägt, welche umfassende Änderungen im Verfassungsrecht, Verfahrensrecht und den Materiengesetzen mit sich brachte. Zahlreiche Publikationen und Fachvorträge unter Beteiligung der Institutsmitglieder folgten daraus.

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 71/2015

Kundmachung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien über das Inkrafttreten der **Vereinbarung gemäß Art. 15a B VG** zwischen dem Bund und den Ländern über die **Förderung von Bildungsmaßnahmen** im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2015 bis 2017 zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich

BGBI I 72/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Kraftfahrzeuggesetz 1967** geändert wird (Anstößigkeit oder Lächerlichkeit eines Wunschkennzeichens)

BGBI I 73/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Kraftfahrzeuggesetz 1967** geändert wird (Anhebung des Gesamtgewichts für zweiachsige Omnibusse; Verringerung des Verkehrsaufkommens; effizienterer und umweltschonenderer Transport von Betonmischfahrzeugen; Gewichtserhöhung bei 4-Achs-Betonmischfahrzeugen)

BGBI I 74/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Führerscheinengesetz** geändert wird (16. FSG-Novelle) (Klarstellungen und redaktionellen Änderungen; Anbindung des Führerscheinregisters an das Europäische Netzwerk; Schaffung einer Regelung für die Fälle des Umtauschs von abgelaufenen Nicht-EWR-Führerscheinen)

[BGBl I 75/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz** geändert wird (Finanzierung der Beschäftigungsförderung Älterer aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung 2016 bis 2017; Finanzierung von Kurzarbeitsbeihilfen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung für den Zeitraum 2016 bis 2019)

[BGBl I 76/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Informationsweiterverwendungsgesetz** geändert wird (Schaffung eines grundsätzlichen Rechts auf Weiterverwendung; Erweiterung des Anwendungsbereichs auf Bibliotheken, Museen und Archive; Verpflichtung der Bereitstellung von Dokumenten in offenem und maschinenlesbarem Format; Beschränkung der Weiterverwendungsentgelte auf die Grenzkosten; Regelungen betreffend Transparenz; Digitalisierung von Kulturbeständen)

[BGBl I 77/2015](#)

Bundesgesetz über das Inverkehrbringen von Maschinen, Geräten, Ausrüstungen oder deren Teile oder Zubehör im harmonisierten Bereich und die Notifizierung von Konformitätsbewertungsstellen (**Maschinen - Inverkehrbringungs- und Notifizierungsgesetz**; MING) (Festlegung der Notifizierungsbehörden und der Grundzüge des Notifizierungsverfahrens; Sicherstellung der Marktüberwachung iSd VO (EG) 765/2008)

[BGBl I 78/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Berufsausbildungsgesetz** geändert wird (Erstellung von standardisierten Curricula für Teilqualifikationen; Formulierung einer Zieldefinition für Qualität in der Berufsausbildung; Einrichtung eines Qualitätssausschusses beim Bundes-Berufsausbildungsbeirat; Schaffung eines transparenten zeitlichen Rahmens für die gleichzeitige Absolvierung der Lehrausbildung mit der Berufsreifeprüfung; neues § 3a-BAG-Verfahren; Voraussetzungsänderung für die Prüferbestellung bei Lehrabschlussprüfungen; Einbeziehung der Auszubildenden in der überbetrieblichen Ausbildung in Mutterschutzbestimmungen)

[BGBl I 79/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 und das Landarbeitsgesetz 1984 geändert werden (**Meldepflicht-Änderungsgesetz**) (Reduzierung von geltenden Meldeverpflichtungen; Vereinfachung der Anmeldung vor Arbeitsantritt; Aufhebung der täglichen Geringfügigkeitsgrenze; Senkung der Verzugszinsen; Entfall von Sonderbestimmungen über die Versicherung fallweise beschäftigter Personen sowie über die Versicherung der unständig beschäftigten ArbeiterInnen in der Land- und Forstwirtschaft; Klarstellungen im Beitragsrecht nach dem GSVG)

[BGBl I 80/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Mineralrohstoffgesetz** geändert wird (Aufnahme der IE-R-Vorgaben betreffend die Festlegung von Emissionsgrenzwerten; regelmäßige Anpassung von IPPC-Anlagen an BVT-Schlussfolgerungen; Neuregelung der Umweltinspektionen; Einführung einer Meldepflicht für schwere Unfälle von in Österreich registrierten Unternehmen bei Offshore-Erdöl- und Erdgasaktivitäten außerhalb der EU)

[BGBl I 81/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Gewerbeordnung 1994** geändert wird (Seveso III – Novelle) und mit dem das **Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen** geändert wird (Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen für den Bereich des gewerblichen Betriebsanlagenrechts und für den Bereich des Emissionsschutzrechts für Kesselanlagen)

[BGBl II 187/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Fahrprüfungsverordnung** geändert wird (11. Novelle zur FSG-PV)

[BGBI II 190/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die **Zweite Außenwirtschaftsverordnung 2011** (2. AußWV 2011) geändert wird

[BGBI II 193/2015](#)

Änderung der **Tierkennzeichnungs- und Registrierungsverordnung 2009** (TKZVO-Novelle 2015)

[BGBI II 195/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit, mit der die **Spielzeugverordnung 2011** geändert wird

[BGBI III 97/2015 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der **Republik Österreich** und dem Ministerkabinett der **Ukraine** über die **Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität**

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 176 v 07.07.2015, 4](#)

Verordnung (EU) 2015/1088 der Kommission vom 3. Juli 2015 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1321/2014 im Hinblick auf **Erleichterungen für die Instandhaltungsverfahren** für Luftfahrzeuge der allgemeinen Luftfahrt

[ABI L 180 v 08.07.2015, 4](#)

Beschluss (GASP) 2015/1099 des Rates vom 7. Juli 2015 zur Änderung des Beschlusses 2010/413/GASP über **restriktive Maßnahmen gegen Iran**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

15.06.2015, [W I 1/2015-18](#)

NÖ Gemeinderatswahl; Anfechtung der Wahl zum Gemeinderat der Gemeinde Baden bei Wien; Verstoß gegen die Bestimmungen der NÖ Gemeinderatswahl, da die **Zahl der abgegebenen Stimmzettel** jene der verzeichneten erschienenen Wähler vermehrt um die Zahl der gültigen Wahlkarten **übersteigt**; keine Sanierung der Rechtswidrigkeit durch den Versuch einer „Rückabwicklung“

B. Verwaltungsgerichtshof

23.04.2015, [Ro 2015/07/0001](#)

WasserrechtsG; VwGG; der VwGH ist nicht zu einer **lediglich abstrakt-theoretischen Prüfung** der Gesetzmäßigkeit von Bescheiden berufen; auf eine solche abstrakt-theoretische Prüfung des angefochtenen Bescheids liefe jedoch die meritorische Erledigung der ggst Revision hinaus, weil die **wasserrechtliche Bewilligung der Bachabkehr** nach ihrer Durchführung und infolge Zeitablaufs (vor Einbringung der Revision) keine Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Partei mehr ausüben kann; mangels Rechtsschutzinteresse ist die Revision unzulässig

28.04.2015, [Ra 2015/02/0059](#), [Ra 2015/02/0060](#)

VwGG; in der ggst **außerordentlichen Revision** wird sowohl für das behauptete Abweichen von der bisherigen Rsp als auch für das behauptete Fehlen von Rsp kein **Bezug zum konkreten Sachverhalt** hergestellt; rechtmäßig wäre die Zu-

lassungsbegründung nur, wenn anhand des konkreten Sachverhalts eine wesentliche Rechtsfrage formuliert wird, wobei es beim behaupteten Abweichen von der bisherigen Rsp der Wiedergabe dieser Rsp – wiederum konkret auf den Einzelfall bezogen – sowie der davon abweichenden Beurteilung durch das VwG bedarf

29.04.2015, [Ra 2015/06/0032](#)

AVG; VwGG; Beweisanträge dürfen nur abgelehnt werden, wenn die Beweistatsachen als wahr unterstellt werden, es auf sie nicht ankommt oder das Beweismittel an sich ungeeignet ist, über den Gegenstand der Beweisaufnahme einen Beweis zu liefern; ob eine Beweisaufnahme notwendig ist, unterliegt der einzelfallbezogenen Beurteilung des VwG; eine **Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung** iSd Art 133 Abs 4 B-VG läge nur bei **grob fehlerhafter Beurteilung**, die zu einem die Rechtssicherheit beeinträchtigenden unvermeidbaren Ergebnis geführt hätte, vor

29.04.2015, [Ra 2015/06/0041](#)

Tir BauO; VwGG; die Rechtslage zur Ermittlung des Abstands gem § 6 Abs 3 lit a Tir BauO ist klar und eindeutig; mit dem Vorbringen des Revisionswerbers, dass er „allenfalls im Wege der Analogie“ ein anderes Ergebnis als das LVwG erreichen möchte, da er der Auffassung ist, dass die Entscheidung des LVwG zu einem „Wertungswiderspruch“ führe, werden dem Inhalt nach verfassungsrechtliche Bedenken gegen die (eindeutige) Gesetzeslage geäußert; solche **Normbedenken** sind **keine grundsätzliche Rechtsfrage** iSd Art 133 Abs 4 B-VG

19.05.2015, [Ko 2014/03/0001](#)

VwGbk-ÜG; der VwGH hat bei ihm mit Ablauf des 31.12.2013 anhängige **Säumnisbeschwerden gegen nicht-unabhängige Verwaltungsbehörden** an das zuständige VwG abzutreten; die Entscheidungsfrist für das VwG beginnt mit dem Einlangen der Akten beim VwG neu zu laufen; § 5 Abs 2 VwGbk-ÜG ordnet somit einen **Zuständigkeitsübergang vom VwGH auf das VwG** an; dass der VwGH mit Verfügung vom 14.10.2013 die Frist zur Erlassung des versäumten Bescheids bis zum 30.07.2014 verlängert hatte, vermag daran nichts zu ändern

28.05.2015, [Ro 2014/07/0025](#)

WasserrechtsG; Kontaminierung des Bodens durch eine Ölförderungsanlage; Auftrag an den Liegenschaftseigentümer zur Abhebung und nachweislich schadlosen Beseitigung des Erdreichs; die **Verpflichtung** zur Ergreifung von **Maßnahmen zur Vermeidung einer Gewässerverunreinigung** ist nicht an das Eigentum an Anlagen oder Grundstücken gebunden; **Anlagenbetreiber** ist, wer die wirtschaftliche Verfügungsgewalt über die Anlage hat und auf dessen Rechnung sie betrieben wird; ggst war dies der Mieter der Liegenschaft, weshalb dieser Verpflichteter iSd § 31 Abs 1 WasserrechtsG ist

10.06.2015, [2013/11/0210](#)

PsychologenG; PsychotherapieG; Streichung aus der Psychotherapeutenliste, der Liste der klinischen Psychologen und der Liste der Gesundheitspsychologen; da die **sexuelle Beziehung zwischen Patientin und Bf**, die zu schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen bei der Patientin geführt hat, schon während der **psychotherapeutischen bzw psychologischen Behandlung** begonnen wurde, ist es nicht relevant, ob das Einhalten einer „posttherapeutischen Abstinenz“ zu den Berufspflichten gehört und welche Konsequenzen aus einem allfälligen Verstoß dagegen zu ziehen wären

10.06.2015, [Ra 2015/11/0019](#)

FührerscheinG; ist eine Erteilung einer österreichischen Lenkberechtigung nach § 23 Abs 3 FührerscheinG für den Besitzer einer in einem Nicht-EWR-Staat erteilten Lenkberechtigung („**Umschreibung**“) **nicht möglich**, so darf eine österreichische Lenkberechtigung nur nach erfolgreicher **Ablegung „einer vollen Fahrprüfung“** erteilt werden; das Absehen von der theoretischen Fahrprüfung ist auf die in § 10 Abs 4 zweiter und dritter Satz FührerscheinG genannten Fälle beschränkt; von dieser Bestimmung sind die Besitzer ausländischer Lenkberechtigungen, deren „Umschreibung“ nicht zulässig war, nicht erfasst

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 09.04.2015, [W195 2103950-1](#)

IngenieurG; Antrag auf Verleihung der Berechtigung zur **Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“**; negativer Kompetenzkonflikt zwischen LVwG und BVwG; beim Vollzug des IngenieurG handelt es sich um mittelbare Bundesverwaltung auch wenn gem § 11 IngenieurG der Bundesminister mit dem Vollzug des Gesetzes betraut ist; gem Art 131 B-VG **sachliche Zuständigkeit des LVwG**

BVwG 16.06.2015, [W206 1433017-1](#)

AVG; Möglichkeit des BVwG zur jederzeitigen **amtswegigen Berichtigung** offenbar auf einem Versehen beruhender Unrichtigkeiten; ein Versehen ist klar erkennbar, wenn dazu kein längeres Nachdenken und keine Nachschau in Gesetzeswerken notwendig sind; es ist vom Maßstab eines mit der Materie vertrauten Durchschnittsbetrachters auszugehen

LVwG NÖ 30.04.2015, [LVwG-AV-428/001-2015](#)

WasserrechtsG; aus § 102 WasserrechtsG lässt sich **keine Parteistellung eines Nachbarn** in einem von Amts wegen geführten **gewässerpolizeilichen Verfahren** nach § 138 WasserrechtsG ableiten; durch den gewässerpolizeilichen Auftrag werden lediglich Verpflichtungen für dessen Adressaten begründet; da Dritte dem gewässerpolizeilichen Verfahren nicht beizuziehen sind, können sich auch die Rechtskraftwirkungen des Bescheides grundsätzlich nicht auf sie erstrecken

LVwG NÖ 05.05.2015, [LVwG-AB-14-0711](#)

NÖ NaturschutzG; gem § 9 NÖ NaturschutzG hat die Europaschutzgebiets-VO erforderlichenfalls zur Erreichung eines **günstigen Erhaltungszustands notwendige Gebote und Verbote** festzulegen; eine solche Festlegung ist nicht nur für kleine Eingriffe, bei denen der Summationseffekt eine Rolle spielt, vorgesehen; vielmehr handelt es sich bei einer solchen Festlegung um Tätigkeiten oder Unterlassungen, die sich sehr gravierend auf das Schutzgebiet auswirken würden

LVwG Stmk 11.05.2015, [LVwG 50.24-5383/2014](#)

Stmk BauG; § 27 Stmk BauG erfasst hinsichtlich der **Präklusion** von Nachbarn nur Baubewilligungsverfahren, die vor Errichtung des beantragten Bauvorhabens stattfinden; die Bestimmung enthält – abweichend von § 42 AVG – keine Regelung für den Fall, dass das Bauvorhaben schon realisiert wurde und nachträglich um Baubewilligung angesucht wird; bei **nachträglichen Baubewilligungsverfahren** ist daher auf die Regelungen des AVG zu den Präklusionsfolgen zurückzugreifen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[09.07.2015, Rs C-607/13, Cimmino ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Gemeinsame Marktorganisation – Bananen – Verordnung (EG) Nr 2362/98 – Art 7, 11 und 21 – **Zollkontingente** – Bananen mit Ursprung in den AKP-Staaten – Neuer Marktbeteiligter – **Einfuhrlicenzen** – Keine Übertragbarkeit der Rechte, die sich aus bestimmten Einfuhrlicenzen ergeben – **Missbräuchliche Praxis** – Verordnung (EG) Nr 2988/95 – Art 4 Abs 3

[09.07.2015, Rs C-63/14, Kommission / Frankreich](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Staatliche Beihilfen** – Rechtswidrige und mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfe – **Rückforderungspflicht** – Absolute Unmöglichkeit – Ausgleichszahlungen für einen Zusatzdienst zum Grunddienst

[09.07.2015, Rs C-87/14, Kommission / Irland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2003/88/EG – **Arbeitszeitgestaltung** – Gestaltung der Arbeitszeit von **Ärzten in der Ausbildung**

[09.07.2015, Rs C-144/14, Cabinet Medical Veterinar Tomoiagă Andrei](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 273 und 287 – Pflicht, einen Steuerpflichtigen von Amts wegen mehrwertsteuerlich zu registrieren – **Steuerbarkeit tierärztlicher Leistungen** – Grundsatz der **Rechtssicherheit** – Grundsatz des **Vertrauensschutzes**

[09.07.2015, Rs C-153/14, K und A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/86/EG – Art 7 Abs 2 – **Familienzusammenführung** – Integrationsmaßnahmen – Nationale Rechtsvorschriften, nach denen Familienangehörige eines Drittstaatsangehörigen, der sich im betreffenden Mitgliedstaat rechtmäßig aufhält, **vor der Einreise** in diesen Mitgliedstaat eine **Integrationsprüfung** erfolgreich ablegen müssen – **Kosten einer solchen Prüfung** – Vereinbarkeit

[09.07.2015, Rs C-177/14, Regojo Dans](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge** – Paragraphen 3 und 4 – Diskriminierungsverbot – ‚**Personal eventual**‘ – Weigerung, eine Dreijahresdienstalterszulage zu gewähren – Sachliche Gründe

[09.07.2015, Rs C-183/14, Salomie und Oltean](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 167, 168, 179 und 213 – **Umqualifizierung eines Umsatzes** durch die nationale Steuerbehörde in eine der Mehrwertsteuer unterliegende wirtschaftliche Tätigkeit – Grundsatz der Rechtssicherheit – Grundsatz des Vertrauensschutzes – Nationale Regelung, die die Ausübung des Rechts auf Vorsteuerabzug davon abhängig macht, dass der betreffende Wirtschaftsteilnehmer **mehrwertsteuerlich registriert** ist und dass eine **Mehrwertsteuererklärung** abgegeben wurde

[09.07.2015, Rs C-229/14, Balkaya](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 98/59/EG – Art 1 Abs 1 Buchst a – **Massenentlassungen** – **Begriff des „Arbeitnehmers“** – Mitglied der Unternehmensleitung einer Kapitalgesellschaft – Im Rahmen einer Maßnahme zur Berufsbildung und beruflichen Wiedereingliederung tätige Person, die eine öffentliche Ausbildungsbeihilfe, aber keine Vergütung von Seiten des Arbeitgebers erhält

[09.07.2015, Rs C-231/14 P, InnoLux / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Art 101 AEUV – Art 53 des EWR-Abkommens – **Weltmarkt für Flüssigkristallanzeigen (LCD)** – Preisfestsetzung – Geldbußen – Leitlinien für das Verfahren zur **Festsetzung von Geldbußen** (2006) – Ziff 13 – Bestimmung des Umsatzes, der mit der Zuwiderhandlung in Zusammenhang steht – Interne Verkäufe des betreffenden Produkts außerhalb des EWR – Berücksichtigung der Verkäufe der Endprodukte, in die das betreffende Produkt eingebaut ist, an Dritte im EWR

[09.07.2015, Rs C-331/14, Trgovina Prizma](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 2 Nr 1 und 4 Abs 1 – **Steuerpflicht** – **Immobilienengeschäfte** – Verkauf von Grundstücken, die in das Privatvermögen einer als selbständiger Unternehmer tätigen natürlichen Person aufgenommen werden – Steuerpflichtiger als solcher

[09.07.2015, Rs C-360/14 P, Deutschland / Kommission](#)

Rechtsmittel – Rechtsangleichung – Richtlinie 2009/48/EG – **Sicherheit von Spielzeug** – Grenzwerte für Blei, Barium, Arsen, Antimon, Quecksilber, Nitrosamine und nitrosierbare Stoffe in Spielzeug – Beschluss der Kommission, die von den deutschen Behörden mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen, mit denen die **Grenzwerte** für diese Stoffe beibehalten werden, nicht vollständig zu billigen – Nachweis eines **höheren Schutzniveaus** für die menschliche Gesundheit durch die **einzelstaatlichen Bestimmungen**

B. Schlussanträge

07.07.2015, C-203/14, Consorci Sanitari del Maresme (GA Jääskinen)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zuständigkeit des Gerichtshofs – **Begriff ‚Gericht eines Mitgliedstaats‘** im Sinne von Art 267 AEUV – Tribunal Català de Contractes del Sector Públic – Obligatorische Gerichtsbarkeit der vorlegenden Einrichtung – Richtlinie 89/665/EWG – Auswirkungen auf die **Auslegung von Art 267 AEUV**

09.07.2015, Rs C-201/14, Bara ua (GA Cruz Villalón)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wirtschafts- und Währungspolitik** – Art 124 AEUV – **Bevorrechtigter Zugang zu den Finanzinstituten** – Im Ausgangsrechtsstreit nicht anwendbare Vorschrift – Offensichtliche Unzulässigkeit – Rechtsangleichung – Richtlinie 95/46/EG – **Schutz natürlicher Personen** bei der Verarbeitung **personenbezogener Daten** – Art 7 – Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Verarbeitung von Daten – Art 10 und 11 – Einwilligung und Unterrichtung der betroffenen Personen – Art 13 – Ausnahmen und Einschränkungen – Nationale Regelung über den Erwerb der Sozialversicherungseigenschaft – Zwischen zwei öffentlichen Einrichtungen vereinbartes Protokoll über die Überlassung personenbezogener Daten in Bezug auf die Einkünfte der betroffenen Personen

09.07.2015, Rs C-326/14, Verein für Konsumenteninformation (GA Cruz Villalón)

Richtlinie 2002/22/EG – **Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen** und -diensten – Recht der Teilnehmer, den Vertrag ohne Zahlung von Vertragsstrafen zu widerrufen – **Sonderkündigungsrecht** – Entgeltänderung, die sich aus den Vertragsbedingungen ergibt – Entgeltanpassungen an einen Verbraucherpreisindex – Verhältnis zur Richtlinie 93/13/EWG

C. Gericht

07.07.2015, Rs T-677/13, Axa Versicherung / Kommission

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Dokumente betreffend ein Verfahren zur Durchführung der Wettbewerbsregeln – Antrag, der sich auf eine ganze Reihe von Dokumenten bezieht – Verweigerung des Zugangs – Antrag, der sich auf ein einziges Dokument bezieht – Inhaltsverzeichnis – **Pflicht zur Vornahme einer konkreten und individuellen** Prüfung – Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen eines Dritten – Ausnahme zum Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten – **Überwiegendes öffentliches Interesse** – Schadensersatzklage – Begründungspflicht

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

30.06.2015, Beschwerde Nr. 41418/04, *Khoroshenko / Russland*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); dem zu lebenslanger Haftstrafe verurteilten Bf war es über einen Zeitraum von 10 Jahren nur zweimal jährlich erlaubt, **Familienbesuch im Gefängnis** zu empfangen; **Unverhältnismäßigkeit** dieses strengen Besuchsregimes, da Resozialisierung des Bf erschwert wird; enger Ermessensspielraum Russlands, da Mehrheit der europäischen Staaten Familienbesuche in nicht längeren Intervallen als 2 Monaten gewähren

07.07.2015, Beschwerde Nr. 28005/12, *M.N. ua / San Marino*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privatlebens und des Briefverkehrs); **Bankdaten** sind unabhängig von einem möglicherweise sensiblen Inhalt bzw. unabhängig von Inhaber des Datenträgers, der die Informationen enthält, **jedenfalls persönliche Daten**; Durchsuchung und Beschlagnahme der Bankdaten des Bf konventionswidrig, da dem Bf als im Verfahren nicht verdächtigen Dritten kein Rechtsmittel dagegen zur Verfügung stand

09.07.2015, Beschwerde Nr. [20378/13](#), *Martzaklis ua / Griechenland*

Verletzung von **Art 3** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); inadäquate Ausstattung und Sanitäreinrichtungen sowie **unzureichende** medizinische **Versorgung** im Fall der mit **HIV infizierten Bf**, die im psychiatrischen Flügel eines **Gefängniskrankenhauses** untergebracht waren; Haftbedingungen führten zu physischen und mentalen Leiden, die weit über das normale Ausmaß im Rahmen einer Haft hinausgehen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.